

Pressekonferenz der Caritas Bern vom 23. April 2010

Andrea Lüthi
Grossrätin SP
Dorfstrasse 17, 3472 Wynigen
Mail: aluethi.wyn@bluewin.ch
www.andrea-luethi.BE
Tel: 079 475 43 24

Mit dem Titel „Bekämpfung der Armut im Kanton Bern“ fordern ich und fünf weitere Grossräte aus verschiedenen Parteien in einer Motion den Kanton zum Handeln auf. Warum diese Motion?

Die Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern hat anfangs des letzten Jahres einen ausführlichen Sozialbericht veröffentlicht. In einem ersten Band wird die Armut im Kanton Bern mit Zahlen, Fakten und Analysen dargestellt. Im zweiten Band erhalten die von Armut Betroffenen eine Stimme. In Interviews stellen sie ihre Lebenssituation, ihre Hoffnungen und ihre Perspektiven dar. Für mich selber waren diese Stimmen nichts Neues. 11 Jahre lang hatte ich als Sozialarbeiterin auf einem öffentlichen Sozialdienst gearbeitet, rund fünf Jahre davon als Leiterin des Bereichs Sozialhilfe. Seit einem halben Jahr bin ich nun Geschäftsleiterin der Berner Konferenz für Sozialhilfe und Vormundschaft BKS. Meine beruflichen Erfahrungen hatten mich auch politisch aktiviert. Mit verschiedenen Vorstössen in den letzten 4 Jahren als Grossrätin versuchte ich einige Rahmenbedingungen zu verbessern, um Armut beseitigen.

Der Sozialbericht 2008 des Kantons hat aufgezeigt, welche Bevölkerungsgruppen vor allem ein Armutsrisiko tragen. Wir haben es gehört: es sind beispielsweise Kinder und Jugendliche sowie junge Erwachsene. Unverschuldet können sie dadurch in eine Spirale von sozialer Ausgrenzung, Bildungsdefiziten und weiterem Abstieg geraten. Wir wissen ausserdem, dass Armut oftmals „vererbt“ wird. Wer in einer armutsbetroffenen Familie aufwächst, hat wenig Chancen für einen sozialen Aufstieg.

Völlig unakzeptabel finde ich aber auch die Problematik der Working Poor, das heisst der Haushalte, die trotz eines vollen Erwerbsspensums über kein existenzsicherndes Einkommen verfügen! Der Sozialbericht hat aufgezeigt, dass im Kanton Bern jeder 20. Haushalt, in welchem mindestens eine Person arbeitet, davon betroffen ist.

Es ist nicht so, dass im Kanton Bern nichts gegen die Armut unternommen wird. Wir haben eigentlich ein gut ausgebautes Netz an unterstützenden Angeboten. Präventive Angebote, finanzielle Leistungen und Integrationsangebote setzen auf unterschiedlichen Ebenen an, um Armut zu bekämpfen. Und unser Sozialhilfegesetz gilt schweizweit als eines der Modernsten. Doch Ziel der Sozialhilfe war es immer, die Menschen nur vorübergehend zu unterstützen und sie so rasch als möglich wieder zu integrieren. Dies ist aber immer weniger möglich.

Statt einer raschen Ablösung von der Sozialhilfe kommt es leider immer mehr vor, dass Klientinnen und Klienten jahrelang finanzielle Leistungen beziehen müssen. Man könnte hier schon fast von einer „Sozialrente“ sprechen. Auch die Teilnahme an Beschäftigungs- und Integrationsprogrammen war ursprünglich nur als Sprungbrett für den raschen Wiedereinstieg ins Berufsleben vorgesehen. In Tat und Wahrheit werden zunehmend sogenannte Nischenarbeitsplätze benötigt, die den Arbeitslosen während längerer Zeit eine sinnvolle und befriedigende Tagesstruktur geben.

Nach der Veröffentlichung des Sozialberichtes organisierte die Gesundheits- und Fürsorgedirektion GEF im Juni 2009 einen Sozialgipfel, zu dem Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft, sozialen Institutionen und der Verwaltung eingeladen wurden. Gemeinsam diskutierten wir Möglichkeiten der Armutsprävention. Wie kann die Dauer von Arbeitslosigkeit verkürzt werden? Wie wird die Arbeitsmarktfähigkeit erhalten? Wie kann die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert werden, um die Erwerbschancen zu erhöhen? Was muss getan werden, damit alle genügend verdienen, um ihren Lebensunterhalt selbstständig bestreiten zu können? Wie integriert man speziell die Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den Arbeitsmarkt.

Wie zu erwarten, fand man an diesem Sozialgipfel nicht DIE Allerweltlösung um die Armut zu beseitigen. Doch zwei Erkenntnisse waren für mich zentral:

Erstens muss Armut enttabuisiert werden. Armut existiert auch in der reichen Schweiz. Zwar nicht so offensichtlich wie in Drittweltländern, aber für die Betroffenen doch schmerzhaft, einschränkend und belastend. Der Kanton Bern hat den Sozialbericht zum Anlass genommen dieses Tabu zu brechen. Mit den Aktionen anlässlich des laufenden „Europäischen Jahres zur Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung“ erhalten wir nochmals Gelegenheiten um auf die Thematik aufmerksam zu machen.

Zweitens muss die Koordination und Vernetzung der bestehenden Angebote verbessert werden. Armut wird auf vielen Stufen bekämpft. Es gibt Massnahmen bei der Bildung, im Arbeitsmarkt, in der Wirtschaft, im Steuersystem, in der Sozialhilfe usw. Es gibt verschiedenste Beratungsstellen und finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten. Aber oft weiss die eine Hand nicht was die andere tut. Oder dann werden nach dem Giesskannenprinzip Gelder verteilt, ohne dass man sich auf effiziente Schwerpunkte einigt. Hier setzt unsere Motion an. Wir möchten, dass sich die verschiedenen Akteure aus Politik und Verwaltung auf einen gemeinsamen Massnahmenplan einigen und die vorhandenen Mittel dann gezielt eingesetzt werden. Es sind auch Indikatoren zu entwickeln, mit denen die Wirksamkeit der getroffenen Massnahmen überprüft werden kann.

Der Sozialbericht 2008 ist ein Bericht der Gesundheits- und Fürsorgedirektion GEF. Er wurde nie als Bericht der Regierung vom Grossrat genehmigt und ihm fehlt dadurch die politische Verbindlichkeit. Dasselbe gilt für den Aktionsplan, welcher die GEF im Dezember 2009 veröffentlicht hat. Darin sind interessante und gute Ansätze aufgeführt, doch diese betreffen vielfach auch andere Direktionen und niemand wurde als verantwortlich für die Umsetzung der Massnahmen bezeichnet.

Im laufenden Jahr will die GEF den Sozialbericht 2010 veröffentlichen. Darin sind dann erstmals auch Vergleichszahlen über mehrere Jahre hinweg enthalten, die Hinweise auf Tendenzen und Entwicklungen ermöglichen sollten.

Ich hoffe sehr, dass unsere Motion, welche als dringlich erklärt worden ist vom Grossrat in der Junisession angenommen wird. Auf den politischen Aushandlungsprozess bei der Umsetzung der Motion bin ich dann gespannt. Immerhin treffen da sehr unterschiedliche Wertvorstellungen aufeinander je nach politischer Ausrichtung. Zum Beispiel geht es um die grundsätzliche Frage der Balance zwischen Selbstverantwortung der Menschen und der Unterstützung durch den Staat. Eine andere Frage betrifft die Wirtschaftspolitik: Soll die Wirtschaft gestärkt werden, indem man ihr freie Hand lässt? Oder braucht es einen stärkeren Arbeitnehmerschutz zu Lasten der Wirtschaftsfreiheit? Und sollen Familien, die ihre Kinder fremdbetreuen lassen, damit beide Elternteile arbeiten gehen können, steuerlich entlastet werden? Oder gibt es im Gegenteil einen finanziellen Zuschuss wenn die Kinder zu Hause betreut werden.

Man erkennt sofort: Auch mit einer überwiesenen Motion ist das Ziel der Halbierung der Armut - wie es der Kanton einmal formuliert hat - noch lange nicht erreicht, sondern erst die Diskussion über den Weg dorthin lanciert.

Andrea Lüthi, Wynigen